

Schimanek: Lehne verpflichtendes zweites Kindergartenjahr ab!

Utl.: Finanzierung fraglich =

Wien (OTS) - „Gratis-Kindergarten für 4-jährige Kinder ja, Verpflichtung dazu nein“, so FPÖ NAbg. Carmen Schimanek, die hinter diesem Vorschlag nichts anderes als eine pseudoverschleierte Integrationsmaßnahme sieht, um das sprachliche Niveau integrationswilliger Migranten schon im Vorschulalter zu verbessern.

„Außerdem beträfe diese verpflichtende Regelung österreichweit ohnehin nur einen Bruchteil der Vierjährigen, da schon jetzt 95% freiwillig den Kindergarten in Anspruch nehmen“. Auch ist für Schimanek die geplante Opt-out-Regelung, mit der Kinder im geprüften Bedarfsfall nach drei Monaten den Kindergarten wieder verlassen können, vollkommener Schwachsinn. Und das aus mehreren Gründen: „Im Nationalrat wurde bereits beschlossen, verpflichtende Elterngespräche zu führen und bereits im Budget berücksichtigt. Mit dieser Regelung wäre dies wieder hinfällig, weil die Vierjährigen dem neuen Vorschlag gemäß so oder so 3 Monate in den Kindergarten müssen. Und das zu finanzieren benötigt einmal mehr einen außergewöhnlichen Kraftakt, wobei ich bezweifle, dass dies überhaupt möglich ist. Denn die Gelder für diese neue Variante kommen aus dem Familienlastenausgleichsfond (FLAF), der immer noch mit 3 Milliarden Euro verschuldet ist. Und eben dieser sollte bis 2018 entschuldet werden. Bei geplanten Kürzungen der Lohnnebenkosten ohnehin schon ein Kraftakt“.

Außerdem bezweifelt Schimanek die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme. „Wer soll denn das überhaupt bestimmen, ob ein Vierjähriger nach 3 Monaten weiter in den Kindergarten gehen muss oder nicht? Es herrscht schon jetzt Personalmangel bei immer steigenden Ansprüchen an das Personal. Es gibt nämlich jetzt schon zu wenig Kinderkardenpädagoginnen, weil jene, die ihre Ausbildung abschließen, aufgrund der steigenden Aufgaben anderweitig auf Jobsuche gehen“. Dass zusätzlich für die Umsetzung dieses verpflichtenden zweiten Kindergartenjahres für Vierjährige mehr qualifiziertes Personal benötigt wird und damit weitere Kosten entstehen, ist für Schimanek ein weiteres Argument, eine Verpflichtung abzulehnen. Aus diesen Gründen wird die FPÖ die geplanten Änderung des FLAFS kommende Woche im Nationalrat nicht zustimmen.

~

Rückfragehinweis:

Freiheitlicher Parlamentsklub

01/ 40 110 - 7012

presse-parlamentsklub@fpoe.at

<http://www.fpoe-parlamentsklub.at>

<http://www.fpoe.at>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4468/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0143 2015-11-20/12:54

201254 Nov 15

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20151120_OTS0143